Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/Matthias Egli, GLP): Pilotversuch Gratisparkplätze für Elektrofahrzeuge

Luftverschmutzung und Lärm durch den Verkehr belasten insbesondere die Städte. Elektrofahrzeuge stellen für den urbanen Raum eine sinnvolle Lösung dar, denn sie sind leiser als herkömmliche Fahrzeuge, verbrauchen weniger Energie und stossen keine Schadstoffe aus.
Elektromotoren haben einen deutlich höheren Wirkungsgrad als Verbrennungsmotoren und gehen sehr sparsam mit Energie um. Setzen sich Elektrofahrzeuge durch, wird dies den Stromverbrauch in der Schweiz erhöhen. Werden aber gleichzeitig Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren ersetzt, geht der Verbrauch fossiler Treibstoffe zurück. Gesamthaft betrachtet verbessert sich damit die Energieeffizienz im Bereich Mobilität.

Trotz den Vorteilen und des neuen Bedarfs ist die heutige Infrastruktur mit Parkplätzen und Tankstellennetzt nur auf Verbrennungsmotoren ausgerichtet. Was mit ein Grund für den noch sehr tiefen Anteil der Elektromobilität in der Schweiz ist. Die Mobilität trägt ein wichtiger Beitrag zu den Klimazielen bei und wir müssen handeln.

Die Stadt Bern soll clevere Mobilität unterstützen. Sie soll Anreize schaffen, damit vermehrt Personen und Unternehmen von Fahrzeugen mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren auf Elektrofahrzeuge umsteigen. Mit dem Angebot soll insbesondere Anwohnerinnen und Anwohnern ohne eigenen Parkplatz der Kauf eines Elektroautos erleichtert werden.

In einem Pilotversuch sollen eine Reihe von Parkplätzen in der blauen Zone für Elektroautos reserviert und mit Ladestationen ausgerüstet werden. Herkömmliche Autos dürfen dort nicht parkieren.

Die Stadt Bern soll im Rahmen eines Pilotversuchs vorerst mindestens dreissig Parkplätze mit Ladesäulen für Elektroautos reservieren und ausstatten. Die Parkplätze sollen in Quartieren mit einem niedrigen Anteil an privaten Parkplätzen erstellt werden. Der Pilotversuch soll vier Jahre dauern. Anschliessend soll der Gemeinderat einen Bericht über den Verlauf des Pilotversuchs inkl. Fazit erstellen und dem Stadtrat zur Kenntnis bringen.

Entstehen sollen die Parkplätze in der blauen Zone. Sie sind Elektroautos vorbehalten und können unbeschränkt belegt werden. Der Strombezug soll kostenpflichtig sein, das Parkieren kostenlos. Die speziellen Parkplätze sind als solche zu kennzeichnen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Details für ein Pilotprojekt gemäss den oben beschriebenen Leitplanken auszuarbeiten und die allenfalls nötigen gesetzlichen Grundlagen für städtische Förderbeiträge für Gratisparkplätze mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge zu schaffen.

Bern, 15. November 2018

Erstunterzeichnende: Michael Daphinoff, Lionel Gaudy, Matthias Egli
Mitunterzeichnende: Claude Grosjean, Marianne Schild, Patrick Zillig, Milena Daphinoff

Antwort des Gemeinderates

Bereits in den Antworten auf vier weitere Vorstösse[1] zur Förderung der Elektromobilität hat der Gemeinderat dargelegt, dass er positiv zur Elektromobilität steht. Entsprechend sollen im 2019 die erforderlichen konzeptionellen Arbeiten gemäss Leitfaden des Bundesamts für Energie «Elektromobilität für Gemeinden» sowie unter Berücksichtigung der strategischen Vorgaben der Stadt angegangen werden. ewb bietet in der Zwischenzeit zahlreiche öffentlich zugängliche Ladepunkte an – darunter auch Schnellladestationen – die gerade auch für Anwohnende ohne eigenen Parkplatz eine interessante Lademöglichkeit darstellen. Ab Frühling 2019 wird bei der Energiezentrale Forsthaus ein zusätzlicher Schnelllader mit einer sehr hohen Leistung von 150 kW (DC) angeboten. Je nach Fahrzeug kann so innert 10 Minuten eine Reichweite von 100 km geladen werden.

Für die im Vorstoss angesprochene Zielgruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern ohne eigenen Parkplatz wurde durch ewb in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern 2018 ein Pilotprojekt mit Ladestationen im öffentlichen Strassenraum vorbereitet. Das Projekt ist seit März 2019 umgesetzt und auf auf der Homepage von ewb[2] beschrieben. Mit dem Pilotprojekt sollen Erkenntnisse zu Nutzungsverhalten, Zahlungsbereitschaft und Akzeptanz von E-Ladezonen in Parkkartenzonen, sowie zur idealen Hardware (Ladestationen) und optimalen Leistung (kW) gewonnen werden.

Im aktuellen Pilot geht es vorderhand um vier Ladepunkte resp. vier Parkplätze. Dabei wird in zwei Quartieren (Länggasse, Bümpliz) je eine Ladestation mit zwei Ladeplätzen in der Blauen Zone errichtet. Pro Ladestation können jeweils zwei Fahrzeuge gleichzeitig mit einer Leistung von je 11 kW (Wechselstrom) geladen werden. Die Standorte wurden aufgrund der Anzahl immatrikulierter E-Autos im entsprechenden Stadtteil (Stand Januar 2018; Angaben vom kantonalen Strassenverkehrsamt) durch ewb gemeinsam mit den städtischen Fachstellen ausgewählt. Die Parkplätze (Hallerstrasse 56 und Schwabstrasse 70) verbleiben – zumindest vorerst – in der Blauen Zone. Das heisst, Anwohnende mit Anwohnerparkkarte der jeweiligen Zone parkieren unbeschränkt, Auswärtige parkieren gemäss den Regeln der Blauen Zone (max. 60 Minuten plus die angebrochene halbe Stunde) kostenlos oder lösen eine Besucher-Parkkarte. Die Parkfelder werden zudem mit einem E-Auto-Piktogramm ergänzt. Falls dennoch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor auf diesen Parkfeldern parkieren sollten, können sie nicht gebüsst werden. Es ist Teil des Pilotprojekts, Erfahrungen bezüglich der Akzeptanz der Markierung durch Nutzende von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren zu sammeln. Falls die Ladestationen ständig durch falsche Fahrzeuge blockiert sein sollten, würde die Blaue Zone aufgehoben und die Parkfelder könnten in ein Regime überführt werden, das nur E-Fahrzeugen das Parkieren erlaubt.

Der Strombezug ist kostenpflichtig. Die Ladestationen sind an das nationale Zugangs- und Abrechnungssystem MOVE angeschlossen. MOVE-Kunden bezahlen CHF 0.35 pro bezogene kWh «ewb. ÖKO.Strom». Eine zeitliche Beschränkung gibt es vorerst nicht. Falls die Praxis jedoch zeigen sollte, dass Nutzer ihr Fahrzeug bei den Ladepunkten parkieren, ohne zu laden bzw. wenn die Batterie schon lange voll ist, könnte z.B. ab der 13. Stunde Standzeit eine Minutengebühr eingeführt werden. Anwohnenden wird die erste Jahresgebühr für die MOVE-Mitgliedschaft (CHF 59.-) von ewb offeriert.

---

[1] Motion Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Martin Schneider, BDP): *Fördermassnahmen für mehr Elektromobilität in Bern* (2018.SR.000022);
Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger, SP): *Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss* (2018.SR.000023);
Postulat Fraktion SP/JUSO (Benno Frauchiger, SP):*Elektroautos statt Benzinkutschen – auch für MieterInnen von Abstellplätzen* (2017.SR.000007);
Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP): *Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen* (2018.SR.000049).

[2] https://www.ewb.ch/privatkunden/angebot/mobilitaet/ladeinfrastruktur/oeffentliche-ladestationen/detail

Mit der MOVE-Mitgliedschaft kann an 820 MOVE-Ladestationen und 3 500 weiteren Ladepunkten in der Schweiz sowie an 35 000 Ladestationen in Europa geladen werden. Auf die Ladestationen des Pilotprojekts haben alle MOVE-Kunden sowie Kunden von Partner-Netzwerken Zugang (Roaming-Konditionen). Auch Nutzende, die über keine Mitgliedschaft bei einem Ladenetz verfügen, können Ladevorgänge freischalten; sie tun dies via Smartphone-Scan eines QR-Codes und Kreditkartenbezahlung. Für diese Personen wird ein Pauschaltarif nach Zeit angewandt.

Das beschriebene Pilotprojekt hat eine Laufzeit von 18 Monaten. Der Projektabschluss, die Auswertung der Ergebnisse sowie die Ausarbeitung eines allfälligen Rolloutplans sind frühestens zwei Jahre nach Start des Pilots zu erwarten. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen und dem Stadtrat die Ergebnisse des bereits laufenden Pilotprojekts zur Kenntnis zu bringen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Die Kosten für Projektierung, Bau und Betrieb werden von ewb übernommen. Für die Stadt Bern entstehen weder Folgen für das Personal noch die Finanzen.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 24. April 2019

Der Gemeinderat